

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 18783.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ritterhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gesetzten gewöhnliche Schriftzeile oder deren Neum 20 Pf.
— Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 4. März. (Privattelegramm.) Der Kaiser verweilte gestern auf dem parlamentarischen Diner bei dem Minister Bötticher von sechs Uhr bis nach elf Uhr. Er unterhielt sich nach dem Diner länger mit den Abgg. Alemann, Graf Behr und v. Roscielski. Demnächst ließ sich der Kaiser mit Frau v. Bötticher auf einem Sopha nieder, worauf sich ein großer Kreis um ihn gruppirt. Die Unterhaltung war animirt.

Graz, 4. März. (Privattelegramm.) Gestern gingen zwölf Lawinen nieder; der Eisenbahnverkehr wurde eingestellt, da der Wien-Triester Gütz nur knapp einem Lawinensturz entging.

Paris, 4. März. (Privattelegramm.) Der Notar Ducrocq in Genou hat fünf Millionen unterschlagen und ist geflüchtet.

London, 4. März. (Privattelegramm.) Johann Orth soll mit seinem Schiffe in einen japanischen Hafen eingelaufen sein.

Politische Uebersicht.

Danzig, 4. März.

Zwei Kundgebungen des Reichsanzeigers.

Der „Reichsanzeiger“ hat gestern zwei (inhaltlich schon in unseren heutigen Morgentelegrammen mitgetheilte) wichtige Artikel auf einmal gebracht. Der erste richtet sich gegen die bekannte Erklärung des Centralverbandes deutscher Industrieller gegen die Herabsetzung der Getreidezölle und implizite gegen die Nothwendigkeit eines Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn und führt dagegen die Handelskammerberichte ins Feld. Im zweiten Artikel nimmt die Regierung bei, die staatliche Bergwerksverwaltung gegen die Forderungen der Bergleute — achtstündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt und Erhöhung der Minimallöhne — Stellung. Die Zechenverwaltungen im Ruhrgebiet hatten dringend gewünscht, daß die Regierung eine generelle Erklärung dieser Art abgebe und damit Partei gegen die Bergleute nehme. Wenn das nicht gelte, würde die Regierung für einen etwa ausbrechenden neuen Streik verantwortlich sein. Eine generelle Erklärung zu erlassen, hatte der Handelsminister abgelehnt, sich aber bereit erklärt, eine Erklärung namens der fiscalschen Bergwerke abzugeben, die in der Sache genügen wird. Die Bergleute im Ruhrgebiet wissen jetzt, daß sie mit ihren neuen Forderungen auf die Unterstützung der Behörden nicht zu rechnen haben, und hierin liegt eine nicht zu unterschätzende Garantie gegen den Ausbruch neuer Streiks. Andererseits aber ergibt sich hieraus noch, daß die „pol. Nachrichten“ und Genossen den Mund etwas zu voll genommen haben, als sie vorgestern verkündigt haben, es werde in aller nächster Zeit eine weitere „klärende“ Kundgebung erfolgen, welche die über die Stellung der Regierung in der Arbeiterfrage erregten Irrtümer in bündigster Weise beseitigen und klarstellen solle, daß die Ziele der jetzigen Bergarbeiterbewegung, weit entfernt davon, den kaisischen Kundgebungen zu entsprechen, sich in directstem Widerspruch mit denselben befinden und die Regierung daher nötigen werden, mit voller Energie gegen diese Bestrebungen Front zu machen.

Die andere Kundgebung des „Reichsanz.“ an die Adresse des „Centralverbandes deutscher Industrieller, des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und mehrerer ähnlicher Vereine“ gewinnt durch den Zeitpunkt, an welchem diese Publication geschieht, doppeltes Interesse. Es ist eine unzweideutige Absertigung und Jurektivierung dieser Herren. Der „Reichsanz.“ betont, daß die Handelskammern die berufensten Vertreterinnen der Gesamtheit der einzelnen Zweige der Gewerbstätigkeit bilden, also nicht jene Verbände von Industriellen, die sich so oft als Vorführer der Gesamtheit gebeten, daß also das Urteil der Handelskammern in der Tariffrage mit Oesterreich maßgebender ist, als das der Industriellen, und dieses Urteil lautet zu Gunsten von Tarifverträgen.

Wir nehmen davon mit großer Genugthuung Akt, um so mehr, als diese autoritative Publication gerade jetzt geschieht, wo das Cartell in seiner Freude über die Worte aus der Zeit des „alten Curses“ auch entsprechende Thaten seitens der Regierung erwartete. Ob diese That nun zum ersten oder zu einem trock alledem neuen Cours gerechnet werden muß, wenn anders sie der Regierung, wie doch angenommen werden muß, bei den Verhandlungen mit Oesterreich zur Richtschnur dient, — das zu entscheiden überlassen wir dem freundlichen Leser.

Die Kaiserin Friedrich in St. Cloud.

Es ist in den letzten Tagen viel darüber geredt und geschrieben worden, ob die Kaiserin Friedrich in St. Cloud gewesen sei oder nicht. Behauptung und Gegenbehauptung decken sich nicht. Während einerseits erklärt wird, die Kaiserin habe die Trümmer des Schlosses nicht bestichtigt, heißt es andererseits, sie sei sogar zweimal im Park von St. Cloud gewesen. Anscheinend sind nun beide Darstellungen zutreffend. Über eine Neuherstellung, in welcher die Kaiserin der Besuch erörtert, geht der „Doss. Ztg.“ folgende Mitteilung aus London zu:

„Der Pariser Berichterstatter der „Times“ erfaßt, Kaiserin Friedrich habe im Laufe eines Gesprächs mit einem seiner Freunde ihren Besuch von St. Cloud eingeräumt und hinzugefügt: Ich bedauere ungemein, daß ein Besuch, den ich in der unschuldigsten Weise mache, Anlaß zu so viel

Ausssehen gegeben hat. Wenn ich gehaft hätte, er würde den mindesten Widerspruch oder Missfallen verursachen, würde ich niemals an den Besuch St. Clouds gedacht haben. Aber wenn man in einem fremden Lande und insbesondere in einer Stellung sich befindet, wie ich es bin, ist leider eine große Gefahr vorhanden, daß die einfachsten Handlungen missverstanden oder falsch dargestellt werden.“

Die dritte Lesung der Steuervorlage.

Im Abgeordnetenhaus wurde, wie schon gemeldet, gestern die dritte Berathung des Einkommensteuergesetzes, wie bei dritten Lesungen üblich ist, mit einer nochmaligen Generaldisputation eröffnet, die insofern einen etwas antiquirten Charakter hatte, als ein Dutzend neuer Anträge vorlag, welche die Beschlüsse der zweiten Lesung in nicht un wesentlichen Punkten wieder umstürzen sollen. Neues konnte man von diesen Generalübersichten über das Gesetz nicht wohl erwarten. Während der Finanzminister Miquel sich mit dem freisinnigen Redner in der ihm eigenen urbanen Form auseinandersetzte, konnte der Finanzpolitiker der Freiconservativen, Herr v. Leditz-Neukirch, nicht umhin, sich der Schlagworte aus der neulichen Capriol'schen Rede zu bedienen, um einen Beweis seiner Gelehrigkeit zu geben. In der zweiten Lesung hatte Herr v. Leditz bekanntlich die Quotisierung der Einkommensteuer als eine berechtigte Zukunftshoffnung anerkannt, welche bei der endgültigen Durchführung einer Steuerreform erfüllt werden müsse, gestern sprach er wieder von parlamentarischen Machtdürfnissen, über die „absolute Verneinung“ der freisinnigen Partei, über das Zusammenfassen aller „staatsverhaltenden“ Elemente und dgl. Abg. Rickert verputzte den Redner mit der Bemerkung, wenn er vor der Capriol'schen Rede im Reichstage gesprochen hätte, so wäre es originell gewesen. Es hande sich bei der Quotisierung lediglich um rationelle Finanzwirtschaft. Das jetzige Gesetz mit dem Sammelbassin für die Mehreinnahmen aus der neuen Steuer sei das Gegenheil einer solchen. Wenn das Gesetz nur eine gerechte Heranziehung der Steuerzahler bevedete, würde auch er demselben zustimmen. Der Finanzminister versuchte Hrn. Rickert durch eine Reminiszenz aus dem J. 1873 mit sich selbst in Widerspruch zu setzen. Rickert aber stellte fest, daß er damals für Contingentierung und gegen Quotisierung als Referent der Commission gesprochen, aber selbst einen Antrag auf Quotisierung eingebracht habe. Indem habe es sich 1873 nicht um neue Steuern, sondern um einen Steuererlass von 9 Mill. Mk. gehandelt.

Ergötzlich war nur die Windthorst'sche Darlegung der Gründe, welche ihn zur Annahme des Gesetzes bestimmten. Daß dasselbe für längere Zeit im Lande großes Mißbehagen verursachen werde, bewieselte er nicht, schon wegen der „Plakater“ der Gelbsteinschätzung. Aber er meinte doch, man könnte nicht nein sagen, nachdem man so lange eine gerechte Veranlagung und eine stärkere Heranziehung der Begüterten gefordert habe. Ganz erfüllt von der ausschlaggebenden Stellung, welche das Centrum errungen hat, glaubte der Centrumsführer die Freisinnigen verspotten zu sollen, die jetzt der Parole: „Immer langsam voran!“ folgten, was natürlich mit Heiterkeit aufgenommen wurde. Man wußte nur nicht recht, ob das Haus über die Freisinnigen oder über den Redner lachte. Für das Gesetz hatte Windthorst sich noch ein ganz besonderes Argument ausgedacht. Das Volk sei durch die indirekten Steuern zu sehr belastet und deshalb müsse durch die Einkommensteuer, d. h. durch eine höhere direkte Steuerlast das Gleichgewicht wieder hergestellt werden. Hr. Windthorst ist natürlich für die Quotisierung und den Ertrag des Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine direkte und gleiche Wahlrecht, aber er meint das Gesetz auch ohne das als ersten Schritt zu der großen Steuerreform, die Miquel in Aussicht gestellt hat, ohne zu sagen, worin sie bestehen soll, annehmen zu müssen. Nichtsdestoweniger sorgt sich Windthorst darum, daß nach zwei Jahren vielleicht Herr Miquel nicht mehr da sei; es sei mancherlei im Werke, um den jetzt an der Spitze stehenden Männern Hindernisse zu bereiten. Was ihn am meisten bekümmert, ist, daß die Regierung so viele Eisen zugleich im Feuer hat; es komme ihm fast vor, als wolle man die Parlamente zu Tode hetzen. Wenn Herr Miquel sein Gesetz bekomme, müsse er doch nicht verlangen, daß auch alles Andere jetzt werde. Natürlich lachte alle Welt; man weiß ja, wie sehr sich das Centrum vor dem Schulgesetz fürchtet. Vielleicht dachte er auch an die Landgemeindeordnung; aber sicherlich nicht an das Sperrgerichtsgesetz, zu welchem die Conservativen noch immer nicht Stellung genommen haben. Zum Schlus warnte er die Conservativen vor agrarischen Tendenzen; wie man einräumen muß, etwas spät. Anscheinend war es diese Warnung, welche ihm einen Händedruck des conservativen Wilden, des Abg. v. Meyer-Arnswalde, einbrachte.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen vertagte sich das Plenum, um den Fractionen Zeit zu lassen, sich mit den neuen Abänderungsanträgen zu beschäftigen, unter denen sich auch ein Antrag der Conservativen befindet, der den in zweiter Lesung angenommenen Antrag Achenbach — Vermeidung der Doppelbesteuerung von Aktiengesellschaften — bestellt und die Regierungsvorlage wieder herstellen soll.

Der Reichstag

bot gestern, wie uns unser Berliner s-Correspondent schreibt, einen geradezu kläglichen Anblick. Die Zahl der Abgeordneten betrug genau gezählt

fünzig Stück; und erst nach einiger Zeit wurde die Zahl 60 erreicht. Von Fraktionenführern war nur Hr. v. Ardorff vorhanden. Eine Abstimmung in solchem Hause hat eine verzweifelte Feindseligkeit mit einer Farce. Die Sozialdemokraten, die den Ministerrat principiell ablehnen, sind heilahmslos da und erheben sich naturgemäß bei keiner Abstimmung. Einzelne Sachen werden einstimmig abgelehnt, d. h. es erhebt sich in Folge eines Misstrauensdrisses ein einzelner Abgeordneter, sieht sich erschrocken ringtum, bis ihn fröhliche Heiterkeit seiner Nachbarn darüber belehrt, daß die Fragestellung des Präsidenten so formuliert war, daß er hätte sitzen bleiben müssen, um seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. So schlich die Debatte über die einzelnen zu rasern gebrauchten Fonds hinweg, getragen von dem unermüdlichen Berichterstatter, der mindestens zwanzig Mal das Wort ergriff. Besonders bei einer Gelegenheit trat die Schwierigkeit, das richtige Resultat einer Abstimmung festzustellen, hervor. Bei einem kleinen Posten, dessen Streichung der Abgeordnete Sperlich vom Centrum beantragt hatte, sahen Centrum, Freisinnige, Socialdemokraten gegen die stehenden Freiconservativen, Nationalliberalen, Conservativen, Herr v. Levetow, der sein Amt dem Grafen Ballerstrem für einen Augenblick überlassen hatte, drehte sich, als derselbe die drei letzten Fractionen als Majorität bezeichnete, mit einer sehr bezeichnenden Handbewegung lächelnd zu seinen Fraktionen genossen um. Die „unterlegenen“ Parteien waren einstellig genug, diese Entscheidung des Grafen Ballerstrem nicht anzuzweifeln, um dem Tagen des beschlußfähigen Hauses nicht ein jähes Ende zu setzen.

Die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen

sollen, wie die Wiener „Presse“ meldet, in aller nächster Zeit wieder aufgenommen werden, der Abschluß der moritorischen Verhandlungen stände unmittelbar bevor; wenn die seitens der deutschen Regierung erhobenen Instructionen bezüglich der Holz- und Getreidezölle befriedigender Natur seien, könnte die endgültige Redaction des Vertrages zu den Österreichtagen beendet sein.

Die Wahlen in Österreich.

Während man in anderen Staaten gemeinhin nach den Wahlergebnissen des ersten Tages die zukünftige Zusammensetzung der Volksvertretung wenigstens annähernd übersehen kann, fehlt es an dieser Möglichkeit in der habsburgischen Monarchie vollkommen. Denn dort finden die Ernennungen der Abgeordneten in ganz verschiedenen gearteten Wahlkörpern statt, welche für einander in keiner Hinsicht maßgebend sind. Einen unbedingt sicheren Schluß auf die Stimmung der Mehrheit der Bevölkerung läßt aber nicht einmal das Gesamtresultat der Wahlen zu, weil das Wahlrecht an einen Steuerencens von fünf Gulden geknüpft ist. Dadurch wird ein sehr großer Theil des Volkes überhaupt zum Helotenthum herabgedrückt. Im übrigen entspricht die Wahlordnung für das österreichische Abgeordnetenhaus mehr den feudalen Anschauungen des Mittelalters als dem modernen Begriffe des Staatsbürgertums. Es wird gewählt nach Ländern und Wählerklassen, und zwar gibt es der lehrlernen vier: Landgemeinden, Handels- und Gewerbe-kammern, Städte und Großgrundbesitzer; an die Stelle der Großgrundbesitzer treten in Dalmatien die Höchstbesitzer. Während in den übrigen drei Klassen die Wahlen direct sind, erfolgen sie in den Landgemeinden indirect. Vorgefertigt ist in den Landgemeinden gewählt worden, und schon dieser Tag hat zwei wichtige, für die Regierung nichts weniger als angenehme Überraschungen gebracht. Wie auch Graf Taaffe zwischen den Parteien schaukelt, zwei Gruppen betrachtet er, im Anschluß an die Ausführungen des Kaisers Franz Josef, als seine entschiedensten und unversöhnlichsten Feinde, die Antisemiten und die Jungtschechen. Und gerade diese beiden Gruppen haben die bemerkenswertesten Erfolge errungen.

In Böhmen haben die Altschechen ihre sämmtlichen bisherigen Sitze (14) an die Jungtschechen verloren. Unter den Gewählten befindet sich auch Prinz Schwarzenberg. Die Deutschen behaupten die bisherigen Bezirke und gewannen den Bezirk Leitomischl, welchen bisher Heinrich (wild) vertreten hatte, so daß im ganzen in den böhmischen Landgemeinden 10 Deutsche, 17 Jungtschechen und nur 1 Altschöche gewählt sind. Die Verkündung der jüngsteschechischen Wahlerschein rief lärmende Kundgebungen zu Gunsten der Jungtschechen hervor. Etwa 2000 Menschen versammelten sich vor der Redaction der „Narodni Listy“, doch gelang es der Polizei ohne Mühe, die Ruhe herzustellen.

Die Landgemeinden Schlesiens wählten gestern 3 Abgeordnete. In Troppau unterlag der bisherige Abgeordnete Antisemit Türke gegenüber dem conservativen Baron Rolsberg mit 141 gegen 117 Stimmen; in Freudenthal wurde der Antisemit Kaiser wieder gewählt, in Teichen der Pole Pater Groiß. Somit verloren die Antisemiten in Schlesien einen Sitz.

Bei den Reichsrathswahlen in den 10 mährischen Landgemeinden wurden 2 Deutsche, ein Deutschnationaler, 6 Altschechen und ein Vertreter der Bauernpartei gewählt. Die Altschechen verloren einen Sitz an die Bauernpartei, die Deutschen einen Sitz an die Deutsch-Nationalen. In einem Bezirk ist das Resultat noch nicht ermittelt; unter den Gewählten befindet sich auch der Minister Pražák.

In den galizischen Landgemeinden wurden zwanzig Polen und sieben Jungtschechen gewählt, die Polen verloren drei Mandate.

In den Landgemeinden von Krain sind die bisherigen vier nationalconservativen Vertreter (Mitglieder des Hohenwartclubs) wieder gewählt und ein weiterer Nationalconservativer neu gewählt worden. Unter den Wiedergewählten befindet sich der Vertreter von Laibach Graf Hohenwart.

In sechs Stadtbezirken Oberösterreichs wurden die bisherigen deutsch-liberalen Vertreter wieder gewählt.

In Triest wählte der zweite und dritte Wahlkörper Burgstaller (Coroniniclub) wieder.

Da bis jetzt erst gegen hundert Wahlen bekannt sind und das österreichische Abgeordnetenhaus aus 853 Mitgliedern besteht, läßt sich ein Urteil über den Wahlausfall noch nicht bilden.

Der Freihandel in Belgien.

In der gestrigen Sitzung der belgischen Deputiertenkammer gab der Ackerbauminister die Erklärung ab, angelehnt an der von der französischen Tarifcommission ausgearbeiteten neuen Schuhjoll-Tarife wäre es nicht angezeigt, neue Unterhandlungen mit Frankreich anzuknüpfen; man dürfe auch nicht etwa an Repressalien denken, der Freihandel werde vielmehr immer Gesetz in Belgien bleiben. Belgien werde andernorts den Absatz für seine Erzeugnisse suchen, den die Verschleierung des französischen Marktes ihm entziehe.

Ein österreichisches Mithrauenstum gegen den neuen serbischen Cabinetschef.

Das offizielle Wiener „Fremdenblatt“ hebt hervor, der frühere serbische Ministerpräsident Gruic habe für notwendig erachtet, die an Serbien mahnend herantretenden Notwendigkeiten zu berücksichtigen. Wenn nun auch Ministerpräsident Pašić erklärt habe, sich von diesen Grundsätzen leiten lassen zu wollen, so sei immerhin zu berücksichtigen, daß seine politische Vergangenheit nicht geeignet sei, ein festes Vertrauen in seine correct lautenden Worte entstehen zu lassen. Man werde die Thaten abwarten, um sich vor allem zu überzeugen, ob er neben dem Willen auch die Kraft besitzt, sein lösliches Programm nötigenfalls auch gegen den radicalen Club durchzuführen, welcher eine Macht sei, mit der man rechnen müsse, die aber unberechenbar sei. Man könne dem neuen serbischen Cabinet nur reservirt und abwartend gegenüberstehen, so lange Pašić seine Kraft nicht tatsächlich bewährt habe. Es sei ein großes Hindernis zu überwinden, darin bestehend, daß der unverantwortliche Führer des radicalen Clubs dem verantwortlichen Ministerium die politische Richtung zwangend vorzeige.

Die argentinischen Finanzen.

Ein Telegramm der „Times“ aus Buenos Ayres von gestern besagt, es dürften nicht mehr als fünfundsechzig Prozent der vierteljährlichen Zinsen auf die Provinzialcedulas von Buenos Ayres disponibel sein; es herrsche große Besorgniß bezüglich eines etwaigen Scheiterns der Anleiheverhandlungen. „Reuters Bureau“ meldet aus Buenos Ayres, der Präsident der Republik habe für die Directoren der Privatbanken zu einer Unterredung berufen, um deren Unterstützung zur Ordnung der finanziellen Angelegenheiten zu erlangen. Man nimmt an, daß die Steuer von 2 Proc. auf Deposits abgeschafft werde. Hoffentlich gelingt es, bald Ordnung in dieses Finanzchaos zu bringen, wenn nicht demnächst wieder alles drunter und drüber gehen soll. Es herrscht allgemeine Geschäftsstochung und die Banken schränken ihre Discontogeschäfte ein.

Die Unruhen in Chile.

Das Journal „Sun“ veröffentlichte offizielle Mitteilungen aus chilenischen Regierungskreisen über die Unruhen in Chile. Darnach hätten die Insurgenten keinerlei Unterstützung gefunden und es hätten keine Kämpfe stattgefunden. Die Insurgenten hätten auch keine Soldaten. Die aufrührerischen Schiffe drohten, Iquique in Brand zu setzen, wenn die Regierungstruppen sie am Landen verhinderten. Die Truppen hätten sich hierauf in das Innere des Landes zurückgezogen, um die Sicherung von Iquique zu verhindern. Die Insurgenten besaßen keine Geldmittel, da die Regierung den Staatschah in das Innere des Landes in Sicherheit gebracht habe.

Das Klänge außerordentlich schön, wenn diese Nachrichten nur nicht eben „aus Regierungskreisen“ stammten, also offenbar tendenziös wären. Von anderen Seiten kommen fortgesetzte Meldungen von ganz entgegengesetzter Art. So heißt es in einem Telegramm aus Buenos-Ayres: Einem halbamtl. Bericht zufolge erschossen drei Bataillone und das vierte Regiment der Regierungstruppen in der Nähe von Pisagua ihre eigenen Offiziere und erklärten sich für die Revolution.

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom 3. März.

Dritte Berathung des Einkommensteuergesetzes.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (wildconf.) erklärt sich im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden. Bedenken hat er nur gegen die Überweisungsparagraphen.

seine Freunde die Wahlbestimmungen in § 76 als eine Verfassungsveränderung betrachten.

Abg. v. Gariński (P.): Wir haben uns nur schwer für die Declaration entscheiden können; immerhin haben wir in der zweiten Lesung für das Zustandekommen der Vorlage alles Denkbare getan; um so bedauerlicher ist es, daß der Abg. Graf Limburg-Strümp einen Appell an die Regierung richtete, die Ausnahmegericht gegen die Polen aufrecht zu erhalten.

Abg. Ennecerus (N.-L.): Schön bei der ersten Lesung, allseitig eine möglichst Schonung der mittleren Einkommen verlangt worden. Meine Freunde halten, was in dieser Beziehung bei der zweiten Lesung beschlossen ist, nicht für ausreichend und werden daher zum § 17 eine Herauslösung des Tarifs für die mittleren Einkommen beantragen. Was den Maximalsteuerfach von 4 Proc. auf die höchsten Einkommen anlangt, so gehen die Ansichten darüber voneinander; ich glaube aber doch, daß der Abg. v. Gneist mit seinen Aeußerungen gegen den Satz von 4 Proc. nicht so ganz Unrecht gehabt hat. Was die Drifttheit des Steueraufkommens bei den Landtagswahlen nach Urmahlbeiraten anlangt, so sehen wir darin nicht bloß eine Verfassungsänderung, sondern auch eine Verfassungsvorschlechterung, und ich hoffe daher, daß der betreffende Abg. 3 des § 76 wieder gestrichen wird. Ebenso wünscht meine Partei Wehrerhebung der Regierungsvorlage im § 4, also Streichung der Bestimmung, daß das Steuerprivileg der Standesherren erst dann aufhört, wenn das in Aussicht genommene Entschädigungsgesetz erlassen ist. Als Ziel des ganzen Geschechts hält meine Partei fest: Überweisung der vollen Grund- und Gebäudesteuer, Befreiung mit der Zeit auch der lex Huene, endlich stärkere Heranziehung des fundierten Einkommens gegenüber dem unfundierten. Für letzteres Verlangen ist aber die vorgängige Überweisung der Grundsteuer an die Commune unerlässliche Voraussetzung. Aber auch an sich hat die Vorlage schon einen selbständigen Werth; sie zieht die wirkliche Einkommen heran und bedeutet so die Durchführung der Gerechtigkeit auf dem Gebiete des direkten Steuerweisens. Und wenn Gerechtigkeit die Grundlage jedes Staatswesens ist, so wird auch diese Reform die Grundlagen unseres preußischen Staatswesens verbessern. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Richter: Der Schluss des Herrn Vorredners war oratorisch recht schön, aber doch hat nur die Hoffnung auf die Zukunft ihn bewegen können, für das Gesetz zu stimmen. Ich habe diese Hoffnung nicht. Wenn man in einem langen parlamentarischen Leben so manche Enttäuschung, selbst berechtigter Erwartungen erlebt hat, besitzt man auch häufiger neue Steuerregeleien keine große Hoffnungsfreudigkeit. Der Herr Finanzminister mache mir neulich zum Vorwurf, daß ich sofort seine sämtlichen übrigen Steuerpläne kennen lernen wollte. Ich meine, wenn man in einem Gesetz selbst aus künftige anderweitige Steuermaßnahmen verweist, müßten die Grundzüge einer solchen Reform viel deutlicher hervortreten, als es geschehen ist. Doch wir nicht bloß negieren, sondern auch ein positives Programm haben, lehrt ein Blick auf die Gesamtheit der von uns gestellten Anträge. Auch ein nach diesen Anträgen verändertes Gesetz wäre sehr wohl ausführbar. Die Doppelbesteuerung der Gesellschaften halten wir nach wie vor für eine Ungerechtigkeit. Auch eine Verwendung des aus dem Gesetz hervorgehenden Plus zur Überweisung an die Communalverbände halten wir für keine Steuerentlastung. Unsere Anträge zum Steuertarif rechtfertigen sich von selbst. Der Abg. Ennecerus hat selbst zugegeben, daß die Sätze für die Mittelklassen große Härten in sich schließen. Ferner müßte der Steuertarif so eingerichtet werden, daß er ohne weiteres auch für die Gemeinden passt. Die Bestimmung über die Steuerbefreiung der Reichsumittelbaren ist durch die Hilfe des Centrums noch verschlechtert worden. Beißiglich der Veranlagung wünschen wir nicht zwei verschiedene Klassen von Commissonsmitgliedern, Gewählten und Ernannen, und man hätte auch sehr wohl davon absehen können, den Landrat zum Vorstehenden zu machen. Die Quotisierung haben wir beantragt, um dem Abgeordnetenhaus die Verfügung über das Plus zu erhalten und dieses dann im Interesse der Steuerzahler verwenden zu können. Dann liegt die Quotisierung im Interesse einer soliden Finanzwirtschaft, ermöglicht die Prüfung der Notwendigkeit und Richtigkeit der Ausgaben. Wenn sonst der Regierung mehr Geld bewilligt wurde, hat es die Volksvertretung immer für angezeigt erachtet, zur Herstellung des Gleichgewichtes eine Minderung des politischen Einflusses der Verwaltung einzutreten zu lassen. Dieses Gesetz enthält eine Erweiterung der Geldmittel und eine Verstärkung der Befugnisse der Verwaltung. Ein politisches Bedenken haben wir dagegen, daß der Landrat Vorstehender der Commission bleibt, obgleich ihm erhebliche Machtbefugnisse hinzugetragen sind. Er ist heute möglicher als ein Fürst in seinem Reich und niemand wird gegen ihn auftreten können. Das Wahlrecht der Wähler erster und zweiter Klasse, das pluto-kristliche Element, erfährt eine ganz bedeutende Verstärkung. Das Dreiklassenwahlsystem wird wahrscheinlich später noch widersprüchiger erscheinen, als bisher. Ich glaube aber nicht, daß deshalb das ganze System um so schneller aufgegeben werden wird. Es charakterisiert ferner Ihre Gesetzesarbeit, wenn sie auf Grund einiger Stichproben zu Verfassungsänderungen schreiten. Die Unzufriedenheit, die dieses Gesetz selbst unter regierungssyndikalen Leuten im Lande erzeugen soll, wird wahrscheinlich in Bochum zu suchen sein. (Heiterkeit links.) Die Vorgänge in Bochum kannen dem Herrn Finanzminister für dieses Gesetz sehr zu statten. Das Stichwort „Declarationzwang“ fand ein weites Echo. Jetzt hat man mehr und mehr im Lande sich mit dem Gesetz beschäftigt — und auch recht ehrliche Leute haben es gesehen —, und es bringt die Ansicht durch, daß man aus dem Regen unter die Traufe gekommen ist. Es sind auch diesen höher besteuert, die es am wenigsten im Namen der ausgleichenden Gerechtigkeit erwarteten. Doch die Steuerbegeisterung will einmal ihr Opfer haben; mögen diejenigen, die dem Gesetz zustimmen, auch die Verantwortung vor dem Lande tragen.

Abg. v. Zedlitz (freicons.): Aus der Rede des hrn. Richter klang nur das reine „Nein“ wie immer heraus. Die Vorlage als erstes Bild einer organischen Steuerreform entspricht dem Grundzweck ausgleichender Gerechtigkeit. Einige Beschlüsse der zweiten Lesung bedauere ich, namentlich in Bezug auf die Veranlagungskommission; aber das politische Misstrauen, welches hr. Richter gegen die Landräthe entwickelt hat, steht ihm nicht. Ich bin überzeugt, daß die Landräthe ihre Pflichten ohne Ansehen der Person wahrzunehmen bereit sind. (Widerspruch links; Zustimmung rechts.) Wenn auch eine vorübergehende Missbilligung sich erheben wird, so wird auf die Dauer doch die Erkenntnis Platz greifen, daß die Vorlage die ausgleichende Gerechtigkeit bringt.

Abg. Richter: Wenn es mit den vollständigen Worten: „ausgleichende Gerechtigkeit“ u. s. w. allein gethan wäre, dann hätten Sie brillante Motive für das Gesetz geleistet. Aber bei Steuern kann man damit nicht auskommen. Ausgleichende Gerechtigkeit! Wer stimmt nicht mit Freude zu? Aber hier sind andere sehr wichtige Dinge in Frage. College Weber von der nationalliberalen Partei hat ganz recht, die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer ist als Schlepper für die großen Mehrerlöse aus der Einkommensteuer vorgesehen. Abg. v. Zedlitz hat uns absolute Negation vorgeworfen, von den staatserhaltenden Kräften und ähnlichen Dingen gesprochen. Wenn das vor der Reichsdebatte von Freitag und Sonnabend gekommen wäre, hätte es wenigstens das Verdienst der Originalität gehabt. (Heiterkeit.) Aber jetzt so hinterher das hat die Kreuzung. Schön jetzt besser hinterher. Solche Redewendungen machen auf uns keinen Eindruck, woher sie auch kommen mögen. Wir wollen nichts, als nach unserer Überzeugung zu stimmen. Trotz aller Angriffe und Denunciations werden wir uns nicht beirren lassen. Die Bismarck'sche Politik, die mit diesen Mitteln arbeitete, hat schließlich doch Schißbruch gelitten; wollte man den alten Faden wieder

aufnehmen, es würde kein anderes Resultat herauskommen. Dies nur zur Antwort für den v. Zedlitz. — Der Abg. v. Zedlitz hat am 24. Februar für eine beschränkte Quotisierung gesprochen, das scheint er heute, wo er von Erweiterung der parlamentarischen Macht spricht, zu der er nie die Hand bielen werde, vergessen zu haben. Aber freilich, das zwischen liegt der Freitag und Sonnabend im Reichstage. Hätte der Finanzminister die Quotisierung vorsieht, so wäre das wissen wir jetzt aus den Erklärungen der Vertreter der Parteien — dafür eine Majorität gewesen. Über das Herrenhaus und sein Verhalten wissen wir noch nichts. Wird es dieses Gesetz in Allem annehmen? Die Frage der Quotisierung konnte auch so gelöst werden, daß man eine Verfassungsänderung und ein „freies Entgegenkommen der Krone“, wie der Finanzminister meinte, garnicht nötig hätte zu beanspruchen. Die Verfassung figuriert nur die „bestehenden“ Steuern. Wenn ein Mehrertrag durch eine Reform kommt, so kann man diesen Mehrertrag allein der Quotisierung unterwerfen. Auch über diese beschränkte Quotisierung, die die Verfassungsfrage ausschließt, hätten wir mit uns reden lassen. So lautete mein eventueller Antrag. Aber selbst diese bestehende Forderung, die früher als selbstverständlich galt, ist abgelehnt, ja auch der Antrag des nat.-lib. Abg. Weber, der verlangte, daß wenigstens der Beitrag der Mehrerlöse, der nicht zur Überweisung der Realsteuern verwendet würde, quotiert würde. Auch dagegen sprach der Finanzminister. Das ist doch ein schlagender Beweis für die Richtung dieser Steuerreform. Der Staat braucht für sich nicht mehr — sagt die Thronrede. Weitgehend handelt man hier nicht danach? 1873 bei dem Steuererlass von 9 Millionen erklärte der Finanzminister Camphausen, er möge keine Mehreinnahmen, und willigte in die Fixierung der Steuersumme. Jetzt will man selbst das nicht. 1880 hat man selbst gegen die Vermehrung der Rechtssteuer angemessen eine Art Quotisierung in der lex Hobrecht angenommen. Bemühten verlangte im Reich sogar bei den indirekten Steuern (bei Kasse und Salzööl) eine Quotisierung — und als die Dinge anders kamen, lehnte die gesamte national-liberale Partei den Zolltarif ab. Weitgehend in aller Welt wollen Sie 2 Jahre die Mehrerlöse in die Staatskasse legen, wo Sie noch keine Verwendung dafür haben? Was bedeutet dies Nutzen? Weitgehend wollen Sie nicht erst dann mehr Steuern erheben, wenn ein Verwendungszweck klar und deutlich vorliegt? Ich bin ein aufrichtiger Freund der Declaration — aber mehr Steuern bewilligen als nötig kann ich nicht. Sind mehr Monatsraten als 12 nötig — nun gut, wir wollen sie bewilligen. Der Staat soll haben was er braucht, aber doch immer erst dann, wenn der Verwendungszweck festgestellt ist. Man sagt: wir wollen ja Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer. Ja, das sagen wir schon seit 10 Jahren! Ist das ein positives Programm? An wen soll überwiesen werden? An die Provinz, Kreis oder Gemeinde? Letzteres ist zur Zeit unmöglich. Ein nationalliberales hannoversches Blatt sagte einmal ganz richtig: dieses Programm sei lediglich Schlagwort. Ganz richtig! Jeder denkt sich dabei etwas Anderes. Vielleicht einigt man sich später darüber, vielleicht aber auch nicht. Herr der Situation ist der Finanzminister, wenn wir ihm zu einer unbekannten Reform fehlt schon das Geld bewilligen. Dann kann er uns zu jeder ihm genehmten Reform nötigen. Wo zu die Eile? Weitgehend schon fehlt das Geld? Der Finanzminister verlangt von uns ein Programm. Unsere Anträge enthielten es. In Sachen der Realsteuern hat der Finanzminister auch kein Programm. Darüber gehen die Ansichten sehr auseinander. Die Ausführung des Gedankens, den auch ich an sich billige, ist aber die Haupfsache. — Man will jetzt möglichst viel Geld mehr. Selbst der Bitter'sche Tarif in dem Gesetzentwurf, aus dem die Hauptbestimmungen in diesen übernommen sind, hatte erheblich mäßigeren Säze in den Mittelstufen wie der jetzige. — Die Commission hat genug gehalten, um das Gesetz zu verschärfen. Selbst die Lebensversicherungsprämien wollen die Conservativen nicht abschieben lassen, obwohl die Regierung zustimmt. Viele im Lande bilden sich ein, sie würden entlastet und die Reichen dafür sehr herangezogen. Man wird sich sehr täuschen! Ich bedauere es, daß ich für das Gesetz, das in Beziehung auf die Declaration ein Fortschritt ist, nicht stimmen kann wegen der großen Mängel und insbesondere wegen der Mehrforderung, für die noch keine Verwendung festgestellt ist. Ich habe nicht so viel Vertrauen in die Zukunft, wie der Abg. Ennecerus es hat, vor allem nicht so viel Vertrauen in die Majorität dieses Hauses, um den Sprung ins Dunkle mitzumachen. Diese Majorität ist eine energisch agrarische (Oh! oh! rechts), eine so einseitige in steuerlicher und wirtschaftlicher Beziehung, daß ich nicht ohne weiteres ihre Millionen zur späteren Verfügung votieren kann. Ich lasse die Regierung mit den Herren Agrariern allein, ich kann für ihre zukünftigen Thaten nicht jetzt schon die Verantwortung übernehmen. (Beifall links.)

Minister Miquel: Ich bin kein Freund vom Herdorffschen Alter, unter anderen Umständen und zu anderen Zwecken gehaltener Reden. Ich finde das höchst gefüllt und unfruchtbare. (Sehr richtig! rechts.) Aber da hr. Richter zweimal bestritten hat, daß früher auch von seiner Seite die Quotisierung nicht als Bedingung eines neuen Steuergesetzes hingestellt worden sei, bin ich genötigt, den Abg. Richter von 1873 dem Abg. Richter von 1891 gegenüberzustellen. (Heiterkeit.) Damals verlangte der Abg. Richter als Referent der Commission und auch persönlich nichts weiter, als die Contingentirung der Klassensteuer, während von einer Contingentirung oder gar Quotisierung der Einkommensteuer, wo das Gesetz gerade auf eine Vermehrung der Einnahmen aus der Einkommensteuer berechnet war, überhaupt nicht die Rede war. hr. Richter verlangte für die Klassensteuer nur die Contingentirung und protestierte entschieden dagegen, daß man ihm das als ein Bestreben, zur Quotisierung der Einkommensteuer zu gelangen, auslegte. In dem vorliegenden Gesetz ist aber noch mehr als eine Contingentirung gegeben. Nach § 84 sollen die gesamten Mehrerlöse liegen bleiben bis zur Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer, der Staat soll nichts für sich behalten dürfen. Jetzt sagt hr. Richter: Das beruhigt mich nicht, denn es könnte sein, daß man über das Nebelbild der Überweisung sich später nicht verständigt. Der Fall ist aber auch in dem Gesetz vorgesehen. Wo kann eine präzisere Contingentirung gefunden werden, als in diesem Gesetz? Dem Abg. Richter bin ich bis ins Einzelne gefolgt, aber ein positives Programm vermag ich nicht zu erkennen. Will Herr Richter bestreiten, daß der Zweck jedes verständigen Einkommensteuges ist, die Massnahmen zu treffen, welche die Besteuerung des Einkommens zu einer Wahrheit machen? Darum allein handelt es sich. Der Abg. Richter sagt früher selbst, aus der Declaration werden 30 Mill. Mk. mehr aufkommen. Das ist ein Anerkennung der völligen Unhalbarkeit der jetzigen Einkommensteuer. (Sehr richtig! rechts.) hr. Richter hat aber alles getan, um den zweiten Akt der Durchführung eines gerechten, organischen Steuersystems unmöglich zu machen, denn wenn er hier eine Regression beantragt, von der er selbst anerkennt, daß sie 10½ Mill. kosten, und wenn er die gesamten Communalsteuern absieht, welche 6 Mill. kosten, so hat er gleichzeitig dafür gesorgt, daß dann der Fall der Quotisierung nicht notwendig ist, aber auch, daß solche Überhöchstüsse nicht entstehen können, welche zur Überweisung von Grund- und Gebäudesteuer unentbehrlich sind. Ich kenne das Programm des hrn. Richter also immer noch nicht. hr. Richter erklärte die Überweisung von Grund- und Gebäudesteuer für ein Schlagwort, das nichts bedeutet, aber gerade er beantragt in der Commission plötzlich, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer schon jetzt zu überweisen. Ich habe früher gesagt, daß die Unzufriedenheit im Lande wohl wesentlich in den Kreisen zu finden wäre, welche fürchten, durch die Declaration mehr zu bezahlen als bisher. Dabei bleibt ich stehen. Ich habe mich wohl gefühlt, von Desraudant zu sprechen. Ich habe gerade dargetan, daß man einen

wesentlichen Vorwurf keinem Menschen daraus machen kann, daß er, wenn er nicht zur Declaration aufgeführt wird, schweigt, wenn er falsch eingehäuft wird, wenn er sich sagen muss, daß bei seinen Nachbarn auch nicht anders eingehäuft wird und er sich nur eine höhere Steuer aufzubürde, während andere, die nicht so gewissenhaft sind, mit einer geringen fortkommen. Das geltende Gesetz legalisiert gewissermaßen die Verheimlichung, es verbietet ja den Behörden, in die Verhältnisse allzu tief einzudringen. Das vorliegende Gesetz fordert zur Gewissenhaftigkeit auf, wendet sich an die Ehrlichen und erfaßt die Unehrlichen. Ich bin überzeugt, daß die überwiegende Mehrzahl derjenigen, welche auf Ehre und Gewissen aufgerufen werden, die Wahrheit zu sagen, sich auch zur Wahrheit bekennen werden. Das ist der große Vorteil dieses Gesetzes. Diese ganze Steuerreform ist undurchführbar, wenn sich dafür nicht eine feste Mehrheit hier und im Herrenhause findet. Ich bin vollständig getrost, daß die Reform durchgeführt wird, gleichviel, ob ich es selbst noch machen kann. Dieses Reformprogramm hat die Kraft in sich, und jeder Landtag und jede Regierung muß die Reform durchführen, sie kann nicht auf halbem Wege stehenbleiben. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Gneist (nat.-lib.): Ich habe die Quotisierung vorsieht, so wäre das wissen wir jetzt aus den Erklärungen der Vertreter der Parteien — dafür eine Majorität gewesen. Über das Herrenhaus und sein Verhalten wissen wir noch nichts. Wird es dieses Gesetz in Allem annehmen? Die Frage der Quotisierung konnte auch so gelöst werden, daß man eine Verfassungsänderung und ein „freies Entgegenkommen der Krone“, wie der Finanzminister meinte, garnicht nötig hätte zu beanspruchen. Die Verfassung figuriert nur die „bestehenden“ Steuern. Wenn ein Mehrertrag durch eine Reform kommt, so kann man diesen Mehrertrag allein der Quotisierung unterwerfen. Auch über diese beschränkte Quotisierung, die die Verfassungsfrage ausschließt, hätten wir mit uns reden lassen. So lautete mein eventueller Antrag. Aber selbst diese bestehende Forderung, die früher als selbstverständlich galt, ist abgelehnt, ja auch der Antrag des nat.-lib. Abg. Weber, der verlangte, daß wenigstens der Beitrag der Mehrerlöse, der nicht zur Überweisung der Realsteuern verwendet würde, quotiert würde. Auch dagegen sprach der Finanzminister. Das ist doch ein schlagender Beweis für die Richtung dieser Steuerreform. Der Staat braucht für sich nicht mehr — sagt die Thronrede. Weitgehend handelt man hier nicht danach? 1873 bei dem Steuererlass von 9 Millionen erklärte der Finanzminister Camphausen, er möge keine Mehreinnahmen, und willigte in die Fixierung der Steuersumme. Jetzt will man selbst gegen die Vermehrung der Rechtssteuer angemessen eine Art Quotisierung in der lex Hobrecht angenommen. Bemühten verlangte im Reich sogar bei den indirekten Steuern (bei Kasse und Salzööl) eine Quotisierung — und als die Dinge anders kamen, lehnte die gesamte national-liberale Partei den Zolltarif ab. Weitgehend in aller Welt wollen Sie 2 Jahre die Mehrerlöse in die Staatskasse legen, wo Sie noch keine Verwendung dafür haben? Was bedeutet dies Nutzen? Weitgehend wollen Sie nicht erst dann mehr Steuern erheben, wenn ein Verwendungszweck klar und deutlich vorliegt? Ich bin ein aufrichtiger Freund der Declaration — aber mehr Steuern bewilligen als nötig kann ich nicht. Sind mehr Monatsraten als 12 nötig — nun gut, wir wollen sie bewilligen. Der Staat soll haben was er braucht, aber doch immer erst dann, wenn der Verwendungszweck festgestellt ist. Man sagt: wir wollen ja Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer. Ja, das sagen wir schon seit 10 Jahren! Ist das ein positives Programm? An wen soll überwiesen werden? An die Provinz, Kreis oder Gemeinde? Letzteres ist zur Zeit unmöglich. Ein nationalliberales hannoversches Blatt sagte einmal ganz richtig: dieses Programm sei lediglich Schlagwort. Ganz richtig! Jeder denkt sich dabei etwas Anderes. Vielleicht einigt man sich später darüber, vielleicht aber auch nicht. Herr der Situation ist der Finanzminister, wenn wir ihm zu einer unbekannten Reform fehlt schon das Geld bewilligen. Dann kann er uns zu jeder ihm genehmten Reform nötigen. Wo zu die Eile? Weitgehend schon fehlt das Geld? Der Finanzminister verlangt von uns ein Programm. Unsere Anträge enthielten es. In Sachen der Realsteuern hat der Finanzminister auch kein Programm. Darüber gehen die Ansichten sehr auseinander. Die Ausführung des Gedankens, den auch ich an sich billige, ist aber die Haupfsache. — Man will jetzt möglichst viel Geld mehr. Selbst der Bitter'sche Tarif in dem Gesetzentwurf, aus dem die Hauptbestimmungen in diesen übernommen sind, hatte erheblich mäßigeren Säze in den Mittelstufen wie der jetzige. — Die Commission hat genug gehalten, um das Gesetz zu verschärfen. Selbst die Lebensversicherungsprämien wollen die Conservativen nicht abschieben lassen, obwohl die Regierung zustimmt. Viele im Lande bilden sich ein, sie würden entlastet und die Reichen dafür sehr herangezogen. Man wird sich sehr täuschen! Ich bedauere es, daß ich für das Gesetz, das in Beziehung auf die Declaration ein Fortschritt ist, nicht stimmen kann wegen der großen Mängel und insbesondere wegen der Mehrforderung, für die noch keine Verwendung festgestellt ist. Ich habe nicht so viel Vertrauen in die Zukunft, wie der Abg. Ennecerus es hat, vor allem nicht so viel Vertrauen in die Majorität dieses Hauses, um den Sprung ins Dunkle mitzumachen. Diese Majorität ist eine energisch agrarische (Oh! oh! rechts), eine so einseitige in steuerlicher und wirtschaftlicher Beziehung, daß ich nicht ohne weiteres ihre Millionen zur späteren Verfügung votieren kann. Ich lasse die Regierung mit den Herren Agrariern allein, ich kann für ihre zukünftigen Thaten nicht jetzt schon die Verantwortung übernehmen. (Beifall links.)

Minister Miquel: Ich bin kein Freund vom Herdorffschen Alter, unter anderen Umständen und zu anderen Zwecken gehaltener Reden. Ich finde das höchst gefüllt und unfruchtbare. (Sehr richtig! rechts.) Aber da hr. Richter zweimal bestritten hat, daß früher auch von seiner Seite die Quotisierung nicht als Bedingung eines neuen Steuergesetzes hingestellt worden sei, bin ich genötigt, den Abg. Richter von 1873 dem Abg. Richter von 1891 gegenüberzustellen. (Heiterkeit.) Damals verlangte der Abg. Richter als Referent der Commission und auch persönlich nichts weiter, als die Contingentirung der Klassensteuer, während von einer Contingentirung oder gar Quotisierung der Einkommensteuer, wo das Gesetz gerade auf eine Vermehrung der Einnahmen aus der Einkommensteuer berechnet war, überhaupt nicht die Rede war. hr. Richter verlangte für die Klassensteuer nur die Contingentirung und protestierte entschieden dagegen, daß man ihm das als ein Bestreben, zur Quotisierung der Einkommensteuer zu gelangen, auslegte. In dem vorliegenden Gesetz ist aber noch mehr als eine Contingentirung gegeben. Nach § 84 sollen die gesamten Mehrerlöse liegen bleiben bis zur Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer, der Staat soll nichts für sich behalten dürfen. Jetzt sagt hr. Richter: Das beruhigt mich nicht, denn es könnte sein, daß man über das Nebelbild der Überweisung sich später nicht verständigt. Der Fall ist aber auch in dem Gesetz vorgesehen. Wo kann eine präzisere Contingentirung gefunden werden, als in diesem Gesetz? Dem Abg. Richter bin ich bis ins Einzelne gefolgt, aber ein positives Programm vermag ich nicht zu erkennen. Will Herr Richter bestreiten, daß der Zweck jedes verständigen Einkommensteuges ist, die Massnahmen zu treffen, welche die Besteuerung des Einkommens zu einer Wahrheit machen? Darum allein handelt es sich. Der Abg. Richter sagt früher selbst, aus der Declaration werden 30 Mill. Mk. mehr aufkommen. Das ist ein Anerkennung der völligen Unhalbarkeit der jetzigen Einkommensteuer. (Sehr richtig! rechts.) hr. Richter hat aber alles getan, um den zweiten Akt der Durchführung eines gerechten, organischen Steuersystems unmöglich zu machen, denn wenn er hier eine Regression beantragt, von der er selbst anerkennt, daß sie 10½ Mill. kosten, und wenn er die gesamten Communalsteuern absieht, welche 6 Mill. kosten, so hat er gleichzeitig dafür gesorgt, daß dann der Fall der Quotisierung nicht notwendig ist, aber auch, daß solche Überhöchstüsse nicht entstehen können, welche zur Überweisung von Grund- und Gebäudesteuer unentbehrlich sind. Ich kenne das Programm des hrn. Richter also immer noch nicht. hr. Richter erklärte die Überweisung von Grund- und Gebäudesteuer für ein Schlagwort, das nichts bedeutet, aber gerade er beantragt in der Commission plötzlich, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer schon jetzt zu überweisen. Ich habe früher gesagt, daß die Unzufriedenheit im Lande wohl wesentlich in den Kreisen zu finden wäre, welche fürchten, durch die Declaration mehr zu bezahlen als bisher. Dabei bleibt ich stehen. Ich habe mich wohl gefühlt, von Desraudant zu sprechen. Ich habe gerade dargetan, daß man einen

demokraten, Freisinnigen, Centrumsmitglieder und Polen abgelehnt und die Position bewilligt. Alle übrigen Positionen werden nach den Vorschlägen der Commission erledigt; u. a. wird die Forderung von 18 000 Mk. zum Grunderwerb und Entwurf für ein Commandantur- und Divisionscommandeur-Gebäude in Graudenau mit der Veränderung bewilligt, daß der Bau sich nur auf Commandantur-Gebäude beziehen soll; ferner wird gefordert, daß die Forderung einer leichten Rate von 150 000 Mk. für das Traindepot in Danzig; von der zweiten Rate von 45 000 Mk. für eine Artillerie-Kaserne in Marienwerder werden 25 000 Mk. abgelehnt und nur 20 000 Mk. bewilligt. Damit ist die zweite Berathung des Militäretats erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

* Berlin, 3. März. Die Reformen, welche die Regierung für den Personenverkehr der Eisenbahnen plant, beschäftigen Montag den Verein zur Beförder

Dies einer besonderen Untersuchung unterworfen werden muss und monach ferner angeordnet wird, dass die von den gesund befindlichen Thieren herührenden Produkte mit besonderen Kennzeichen versehen werden müssen. Der Senat hat ebenfalls dies Amendement angenommen. (W. L.)

Australien.

* [Föderations-Convention.] Wie dem „Reuter-schen Bureau“ aus Syden vom 2. d. M. gemeldet wird, ist die nationale australische Föderations-Convention gestern eröffnet worden. Zum Präsidenten wurde der Premier von Neu-Wales, Sir Henry Parkes, zum ersten Vicepräsidenten Sir Samuel Dresdith, der Premier von Queensland, gewählt.

Coloniales.

* [Freiherr v. Soden] wird sich mit dem am 19. d. Mts. Neapel verlassenden Reichspostdampfer der deutschen Ost-Afrika-Linie nach Dar es-Salaam begeben. Mit ihm treten die Ausreise nach Ost-Afrika an der Geheimsekretär Wegener und die Civil-Supernumerare Lüddecke und Kuno.

* [Ernennungen zu Commissaren.] Mit der commissarischen Verwaltung des kaiserlichen Commissariats für Togo ist der kaiserl. Ranzler Graf Pfleiß beauftragt worden. Hrn. v. Pottkammer, welcher bisher die Verwaltung des Commissariats leitete, ist ein sechsmonatlicher Urlaub ertheilt worden. Zum Commissar für die reutische Colonialgesellschaft für Südwest-Afrika ist an Stelle des Wirklichen Legations-Raths Dr. Rettich der Wirkliche Legations-Rath Freiherr v. Nordenstiel zum Commissar für die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft an Stelle des Wirklichen Legations-Raths Freiherrn v. Nordenstiel der Wirkliche Legations-Rath Dr. Rettich bestellt worden.

Bon der Marine.

Spalato, 3. März. Der Platzcommandant, sowie die Beamten von Spalato machten gestern mit den Offizieren und Cadetten des deutschen Uebungsgeschwaders einen Ausflug nach Gebenico, wo sich die Offiziere des österreichischen Schulschiffes „Schwarzenberg“ und die dortigen Beamten den Ausflüglern anschlossen. Die Gesellschaft besuchte Scardona und die Wasserfälle der Kerka. Hierauf fand ein Diner in Gebenico statt, bei dem mehrere Toaste ausgebracht wurden. Abends erfolgte die Rückkehr nach Spalato.

Am 5. März: Danzig, 4. März. M.-A. 3.52, G.-A. 6.43, 11.52. M.-Uhr. Lage. Wetteraussichten für Donnerstag, 5. März, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Erst wolig mit Niederschlag, dann vielfach heiter. Früh und spät Frost.

Für Freitag, 6. März:

Nebel, frostig; vielfach heiter. Für Samstag, 7. März: Erst heiter, Nebel, dann bedeckt: Mittags milde, früh und spät frostig.

* [Bon der Weichsel.] Die Arbeiten der Eisbrechdampfer gehen jetzt nur sehr langsam vorwärts, da die losgebrochenen Eisschollen in der engen und gewundenen Fahrinne oft Eisverschüttungen bilden. Es ist deshalb noch ein dritter Eisbrechdampfer abgeschickt worden, der die Aufgabe hat, die freigebliebene Fahrinne beständig offen zu halten. Von der Nogat und vom frischen Hass gingen uns heute folgende Berichte zu:

r. Marienburg, 3. März. Es ist nicht mehr gefährlich, die Eisschollen der Nogat, welche stellenweise schon dünn und morsch geworden, zu betreten. Ein etwa 13-jähriger Knabe brach heute Nachmittag an einer schlechten Stelle ein; der zu seiner Rettung herbeilende Arbeiter Schlagowski hatte dasselbe Schicksal. Während es noch gelang, den Lebewesen zu retten, verliehen den Knaben die Kräfte und er wurde von der starken Strömung unter das Eis gezogen und ertrank.

w. Elbing, 3. März. Durch den starken Wasserzufluss ist das Eis auf dem frischen Hass zwischen Kahlberg und Tolkenitz um nahezu zwei Meter gehoben. Durch viele Spalten dringt Wasser. In der Mitte lag man bereits heute Eisschollen auf offenem Wasser treiben. Weil das Eis von dem Hass nicht in die See gelangen kann, staut es sich alljährlich in großen Massen an den scharfen Buchten bei Kabinen, Tolkenitz und besonders bei Bolga auf und wird dann bei stürmischem Wetter ins Hass geschleudert. 1874, 1882 und 1888 sind Eisblöcke bis spät in den Mai hinein den Fischerkähnen und selbst den Dampfern gefährlich geworden. In diesem Jahre hoffen die Fischer nur bis zum April durch Treibis auf dem Hass befähigt zu werden, obwohl das Eis heute noch 12–15 Zoll maf. Von einem großartigen Naturchauspiel erzählen heute Fischer aus Prößberau. Unter donnerähnlichen Geläuse schen sie etwa 50 Schritt vom Ufer entfernt einen breiten, eine halbe Meile langen Spalt in der Eisdecke entstehen. Das Eis hob sich erst etwa zwei Meter hoch empor, stürzte dann plötzlich zusammen und zerbarst auf der ganzen Strecke mit einem mächtigen Ruck in einem einzigen Augenblick.

* [Bezirks-Eisenbahnrath.] In der gestrigen außerordentlichen Sitzung des Bezirksseisenbahnrathes für den Directionsbereich Bromberg, in welcher derselbe sich, wie bereits mitgetheilt, gutachtlich über eine Neugestaltung der Personentarife für die preußischen Staatsbahnen äußern sollte, wurde, nachdem von allen Seiten gegen die geplanten Änderungen Bedenken geltend gemacht worden waren, eine Resolution wie folgt lautend angenommen: Der Bezirksseisenbahnrath erklärt: Die mitgehelften Vorschläge zur Reform der Personengeldtarife entsprechen den Bedürfnissen des Verkehrs des Ostens nicht. Die Aufhebung der 4. Wagenklasse empfiehlt sich nicht, da diese Wagenklasse nicht sowohl dem eigentlichen Reiseverkehr, als vielmehr dem geschäftlichen Lokalverkehr der arbeitenden und der ärmeren Bevölkerung in dichtbevölkerten Gegenden dient. Nur eine durchgängige Ermäßigung der Säcke für den Personenverkehr unter Beibehaltung der 4. Klasse darf als Grundlage der beabsichtigten und in der That nothwendigen Reform dienen.

* [Neue Radfahrer-Polizeiverordnung.] Unter Aufhebung der Polizeiverordnung vom 12. Mai vorigen Jahres sind durch eine heute publicirte Polizeiverordnung vom 28. Februar folgende neuen Bestimmungen für den Radfahrer-Verkehr im Stadtbezirk Danzig erlassen worden:

Das Fahren der öffentlichen Wege, Plätze und Straßen mit Fahrrädern jeder Art ist nur Personen, welche das 14. Lebensjahr vollendet haben, und diesen auch nur dann gestattet, wenn das Fahrrad mit Lenk- und Hemmvorrichtung, Signalglocke und einer ihm seitens der königlichen Polizei-Direction verliehenen Nummerplatte versehen ist und der Führer eine ihm von derselben Behörde verliehene Fahrkarte mit entsprechender Nummer, welche auf seinen Namen lautet, bei sich führt. Die Polizeibehörde kann unter den gleichen Bedingungen auch Personen unter 14 Jahren das Fahren öffentlicher Wege, Plätze und Straßen widerruflich gestatten. Die Metallplatten mit Nummer, sowie die Fahrkarten

werden seitens der Polizei-Direction auf Antrag des Fahrers gegen Erstattung der Auslagen ertheilt. Die Nummerplatten sind derartig am Fahrrad anzubringen, dass sie von beiden Seiten deutlich gelesen werden können. Während der Dunkelheit ist das Fahrrad nur gestattet, wenn das Fahrrad mindestens eine erleuchtete, an den Glasscheiben ebenfalls mit der Nummer versehene Laterne führt. Das Fahrrad ist nur auf denjenigen öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen erlaubt, auf denen das Fahren von Fuhrwerk gestattet ist. Unterstellt ist es auf Trottoirs, Promenaden, den Fußgängerwegen in der Allee, auf der Langenbrücke, dem wasserseitigen Altbauk, dem Pfarrhofe, Dominikanerplatz und der Westerplatte; ferner auf allen Straßen und Plätzen, auf denen Märkte abgehalten werden, zur Zeit des Marktverkehrs. Beim Fahrt ist stets, sofern nicht örtliche Hindernisse entgegenstehen, die rechte Seite der Straße einzuhalten. Es darf nur in einfacher Reihe gefahren werden. Den Fahrrädern der Feuerwehr und der Pferdebahn, Postwagen, städtischen Sprengwagen, Leichen- und öffentlichen Aufzügen, sowie im Marsch befindlichen Truppen-Abtheilungen ist stets auszuweichen. Entgegenkommenden Fußgängern, Radfahrern, Fuhrwerken aller Art, Pferden und allen sonstigen Zug-, Reit- und Laufställen ist nach rechts auf mindestens einen Meter Abstand auszuweichen. Das Umkreisen von Personen, Fuhrwerken, Thieren ic. ist verboten.

* [Petition der Neufährer Fischer.] In der Sitzung der Agrarcommission des Abgeordnetenhauses kam vorgestern die Petition zur Verhandlung, welche von Fischern aus Neufähr durch Herrn Rickert dem Abgeordnetenhaus überreicht worden war. Die Petenten erbauen Abänderung des Fischereigesetzes in Betreff der Maschenweite der Netze und Einschränkung der Schonzeit. Es wurde von der Majorität auf Antrag des Abgeordneten Drawe beschlossen, die Petition der Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen.

* [Pensionirung.] Der Fahrmelder Herre vom 1. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 128 ist auf seinen Antrag mit Pension in den Ruhestand verlebt worden.

* [Unfälle.] Der Arbeiter Ferdinand H. von hier erlitt gestern beim Verladen von Aleo in einem Speicher einen Bruch des rechten Armes dadurch, dass ihm ein gefüllter Sack auf den Arm fiel. — Der Schmiedegeselle Rudolf R. von hier war gestern auf der kaiserl. Werft an einem Arah beschäftigt. Hierbei stieß er ihm ein Flaschenzug auf den Kopf, wodurch R. einen komplizierten Schädelbruch erlitt. Er wurde sofort nach dem chirurgischen Lazarett in der Sandgrube geschafft.

* [Selbstmord.] Gestern erhängte sich in Neufähr wasser der ca. 40 Jahre alte Arbeiter D. in seiner Wohnung in einem Altersschrank aus unbekannten Ursachen.

* [Schwurgericht.] Heute wurde in zwei Anklagesachen verhandelt, von denen die erste gegen den Arbeiter Simon Juska aus Jarischau (Eins Berent) gerichtet war, welcher beschuldigt wird, Ende November v. J. zwei Strauchhaufen in der kgl. Forst Thiloschau und in der Nacht vom 6. zum 7. Dezember einem Besitzer Pawelek in Jarischau gehörige Scheune vorfältig in Brand gestellt zu haben. Den ersten Fall, der nur einen Schaden von 1.600 Mk. verursacht hatte, räumte der Angeklagte ein. Der Angeklagte behauptete zuerst abweichend von seinen früheren Angaben, er habe die Scheune aus Fährlässigkeit angebrannt, räumte jedoch im Laufe der Verhandlung ein, dass er auch in diesem Falle das Feuer vorsätzlich angelegt habe. Die Geschworenen erkannten den Angeklagten unter Berücksichtigung mildernder Umstände für schuldig, worauf derselbe zu acht Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde.

Die zweite Anklagesache gegen den Arbeiter Johann Gdanik aus Alt-Busch wegen Verbrennens gegen die Silligkeit, welche unter Auschluss der Öffentlichkeit verhandelt wurde, endete mit der Freisprechung des Angeklagten.

[Polizeibericht vom 4. März.] Verhaftet: 13 Personen, darunter 10 Obdachlose. — Gestohlen: 1 Petroleumfass, enthaltend 15 Liter Petroleum, 1 Überfall, 1 Kopfkissen. — Gefunden: 1 Kinderschuh, 2 Paar Stulpen, 1 Armband, 1 Paar Kinderhandschuhe; abzuholen von der Polizei-Direction. Auf der Westerplatte gefunden: 1 Korallenkette; abzuholen in Neufährwasser, Ölwarenstraße Nr. 28 bei Frau Böttger. — Verloren: 1 kleines Beutel-Portemonnaie, enthaltend 2 Zehn-, 2 Fünf- und 2 Einmarkstücke; abzugeben an die Polizei-Direction.

△ Neustadt, 3. März. Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligte in der gestrigen Sitzung dem Verein zur Bekämpfung der Wanderverketzung einen einmaligen Beitrag von 30 Mark, lehnte aber im übrigen das Ertragen um Beitritt der Stadt als Mitglied des Vereins ab. — Der landwirtschaftliche Verein in Lieberbrück, im nordöstlichen Theile des Kreises an der pommerschen Grenze gelegen, welcher zum größten Theil aus Kleingrundbesitzern besteht, hat neuerdings beschlossen, dem Reichstage eine Petition wegen Aufhebung der Viehsperrre an der Grenze Ruhlands baldmöglichst zugehen zu lassen.

L. Carthaus, 3. März. Auf der Tagesordnung des zum 19. d. M. einberufenen Kreistages steht neben verschiedenen Wahlen und Wahlprüfungen Erstattung des Verwaltungsbüros des Kreis-Ausschusses, Feststellung des Kreishaushaltplanes für das Rechnungsjahr April 1891/92, sowie Beiflussoffnung über Bewilligung einer einmaligen Beihilfe von 50 Mark an den westpreußischen Verein zur Bekämpfung der Wanderverketzung eines jährlichen Vereinsbeitrages von 10 Mark auf die Dauer von fünf Jahren; ferner Beiflussoffnung über Bewilligung eines Besoldungszuflusses von 900 Mark für einen in Carthaus anzustellenden Kreis-Älterer. Letzterer Punkt der Tagesordnung dürfte ein besonderes Interesse der Kreiseinwohner für sich in Anspruch nehmen, da die Anstellung eines Älterers im hiesigen Kreise ein lang gehegter Wunsch vieler ist. — Raum ist die Rokokokunst der Pferde am hiesigen Orte erloschen, so ist dieselbe schon an einer anderen Stelle des Kreises (in Dombrowa bei Altkowatchau) ausgebrochen.

Elbing, 3. März. Eine hier abgehaltene sozialdemokratische Versammlung, in welcher hr. Joachim aus Danzig sprach, hat beschlossen, in diesem Jahre die Maifeier am ersten Sonntag im Mai zu begehen.

* [Die Regierung-Assessoren Passarge zu Marienwerder und Dr. Blandenhorn zu Bromberg sind zu Regierungsräthen ernannt worden.

König, 3. März. Ein Eisenbahnunfall wurde in der gestrigen Nacht dadurch herbeigeführt, dass der nach Berlin fahrende Courierzug beim Einlaufen in den Bahnhof König mit einer Rangiermaschine kollidierte. Die betreffende Rangiermaschine fuhrte als auch verschiedene Wagen des Courierzuges wurden beschädigt. Ernstere Unfälle kamen glücklicherweise nicht vor.

Görlitz, 2. März. Nach langem strengen Winter ist die Schifffahrt, welche am 20. Dezember v. J. für den hiesigen Hafen geschlossen wurde, heute wieder eröffnet.

* Der Rechtsanwalt Dr. Berner in Osterode ist zum Notar derselben ernannt worden.

Gieburg, 2. März. Eine hier ortsbhörige, sehr herabgekommene weibliche Person erlangte vor einigen Tagen im nahen Walde vorerst ihr Kind und dann sich selbst.

Goldey, 1. März. Durch den von Lydi nach Insterburg gehenden Personenzug wurde gestern Abend in der Nähe des Bahnhofs Curnen der Arbeitssmann Größ aus Münzen überschritten und auf der Stelle getötet.

Vermischte Nachrichten.

* In Algiers in Alger wurde am 2. März ein leichtes Erdbeben verspürt.

Alten, 3. März. Im ganzen Lande, besonders aber in Thessalien, herrscht frisches Schneewetter. In manchen Distrikten liegt der Schnee 15 bis 20 Fuß hoch. Ganze Dörfer sind eingeebnet und vom Verkehr abgeschnitten. Hier fällt der Schnee seit drei Tagen unausgekehrt.

Petersburg, 3. März. Gegenüber den Mittelheilungen der Blätter über einen größeren Eisenbahnunfall mit erheblicher Menschenverlust auf der Chysan-Weserlinie wird gemeldet, dass allerdings auf dieser Strecke vor sechs Tagen ein unbedeutender Unfall vorgekommen ist, jedoch keine Personen dabei verunglückt sind.

Schiffsnachrichten.

Kiel, 28. Februar. Der Führer des deutschen Dampfers „Imperial“, am 27. d. M. von Grangemouth in Kiel angekommen, berichtet, am 28. d. M. im Skagerrak auf 57° 44' N. und 9° 28' O. (17 Seemeilen nro. N-W. von Hirtshals) ein mit dem Kiel nach oben treibendes Wrack von ca. 250 Tons Größe passiert zu haben, welches eine große Gefahr für die Schiffahrt bildet.

Eughaven, 2. März. Die Dampfer „Hungaria“ und „Angria“, sowie die Bark „Hannover“, von hier ausgegangen, liegen bei der Ostsee auf Grund.

Malta, 3. März. (Teleg.) Der Schnellbomber der hamburgisch-amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft „Augusta Victoria“ ist auf seiner Vergnügungstour heute Morgen hier eingetroffen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 4. März. (W. L.) Der bulgarische Regimentsarzt Tranen aus Sistowo hat im hiesigen Hospital mit einem bisher bei Lungentuberkeln unangewendeten Mittel entschiedene Erfolge erzielt.

— Schmiedeke, der Mörder des Töpfermeisters Altmann in Molen, wurde heute früh 8 Uhr in Plötzensee hingerichtet.

Berlin, 4. März. (Privateleogramm.) Bei der heute fortgesetzten Sitzung der 1. Klasse 184. preuß. Lotterie fielen in der Vormittagsziehung:

1 Gewinn zu 30.000 Mk. auf Nr. 79 664.
1 Gewinn zu 5000 Mk. auf Nr. 109 865.
1 Gewinn zu 3000 Mk. auf Nr. 55 823.
1 Gewinn zu 1500 Mk. auf Nr. 148 474.
1 Gewinn zu 500 Mk. auf Nr. 86 304.
3 Gewinne zu 300 Mk. auf Nr. 44 964 64 214
69 636.

Rom, 4. März. (W. L.) Die Kammerwahlen für die Budgetcommission haben mit 35 bis 40 Stimmen eine Regierungsmehrheit ergeben.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 4. März.

Cr. v. 3.	Cr. v. 3.	Cr. v. 3.
Weizen, gefüllt	5% Anat. A.	89,40 89,30
April-Mai	207,00 205,70	UNG. 4% Grd. 92,90 92,50
Mai-Juni	206,00 205,20	2% Orient. A. 76,20 75,80
Roggen		4% russ. A. 80 98,00 98,70
April-Mai	179,70 179,70	Combarben 58,50 58,10
Mai-Juni	177,00 176,70	Franken... 109,70 109,10
Petroleum		Cred. Action 174,90 174,50
per 200 M.	23,80 23,80	Dist. Com. 210,90 210,50
Loco ...		Laurabütt. 128,30 128,90
April-Mai	61,50 60,50	Destr. Roten 177,30 177,15
Sept.-Okt.	62,70 61,60	Russ. Noten 238,25 238,10
Spiritus		Markt, kurz 237,90 237,75
April-Mai	50,30 49,40	London kurz — 20,37
Mai-Juni	50,40 49,70	Londonlang — 20,23
4% Reichs-A.	106,50 106,60	Rußl. F. 5% E. 87,90 87,10
3½% do.	99,00 99,00	W.M. B. e.A. 87,90 87,10
3% do.	86,50 86,40	Danz. Priv. —
4% Comols	106,00 105,90	Bank 109,70 109,10
3½% do.	99,00 99,00	De. Delmühle 139,70 139,75
3% do.	86,70 88,40	

Durch die gütliche Geburt eines Töchterchens wurden hoch erfreut. (4230) Am 1. März 1891. Ober-Gouverneur Neumann und Frau Elise geb. Gauß. Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht den Tod meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schreger- und Großvaters, des Kaufmanns.

Eduard Meseberg statt jeder besonderen Meldung anzugeben. Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung der Witwe Krienke findet Donnerstag, den 5. d. Ms., Nachmittags 2½ Uhr im Trauerhaus Strohdeit Nr. 1 aus.

Die Beerdigung meines lieben verstorbenen Mannes findet Freitag, den 6. März cr., Nachmittags 3 Uhr, vor der Leichenhalle des alten Heil. Leichnam-Archivs nach dem neuen St. Marien-Archivs, halbe Allee, statt. (4236) Dienstag, 4. März 1891.

Concursverfahren.

Über das Vermögen des Kaufmanns Oscar Gödlich in Firma G. J. Lipowski Radlfl. in Neusahmässer, Oliverstraße 6, wird heute am 3. März 1891, Nachmittags 1 Uhr, das Concursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Georg Lorenz von hier, Hundegasse 128, wird zum Concursverwalter ernannt.

Concursforderungen sind bis zum 11. April 1891 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Fällen über die in § 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände - auf

den 24. März 1891,

Mittags 12 Uhr,

- und zur Prüfung der ange-

meldeten Forderungen auf

den 21. April 1891,

(in voriger Nummer irrtümlich

den 15. April 1891 gedruckt)

Nachmittags 10½ Uhr,

- vor dem unterzeichneten Ge-

richte, Zimmer Nr. 43, Termin

anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindchindern zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter bis zum 1. April 1891 Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht XI zu Danzig. (4198)

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs an Brennholz für die städtische Verwaltung für den Zeitraum vom 1. April 1891 bis 31. März 1892 bestehend in ca. 400 Raummetern hierfür Ablohn soll an den Mindestfordernden vergeben werden. Versteigelt pro Raummetter abzugebende und mit der Aufschrift „Submission auf Brennholz für die städtische Verwaltung“ verfasste Lieferungs-Offerten sind bis spätestens

den 16. März cr.,

Mittags 12 Uhr, in unserem Bureau einzureichen, wobei auch die Lieferungsbedingungen während der Geschäftsstunden einzuhalten resp. von den Differenzen vor Abgabe ihrer Offerten eigenhändig zu unterschreiben sind. (4836)

Danzig, den 24. Februar 1891.

Der Magistrat.

Verdingung.

Zur Verlängerung der Zeitwander vor der Lebamündung bei Leba soll die Lieferung folgenden Holzmaterials vergeben werden:

1) 72 cbm lärchflanz. Hefternholz als 180 Pfähle von 8 m Länge und 20x25 cm Stärke.

2) 4.75 cbm dergl. als 10 Gurtböller von 9,5 m Länge und 20x25 cm Stärke.

3) 2.30 cbm dergl. als 13 Holme von 3,4 m Länge und 20x26 cm Stärke.

4) 4.48 cbm dergl. als 14 Gurtböller von 8 m Länge und 18x24 cm Stärke.

5) 30 Stück kleiner Rundpfähle von 7,5 m Länge und 30 cm mittl. Durchmesser.

Zur Entgegennahme und Eröffnung von Angeboten ist ein Termin auf

Sonnabend, 21. März,

Nachm. 3 Uhr, im Amtszimmer des Unterzeichneten anberaumt, wobei die Verdingungsbedingungen und Angebotsformulare bis dahin ausliegen bzw. gegen Einwendung (nicht Nachnahme) von 0,70 M. incl. Porto zu erhalten sind. Zu fälligstest 3 Wochen.

Auf die in Stück 11 des vorjährigen Amtsblattes der Königlichen Regierung zu Cöslin bekannten Bewerbungsbedingungen wird hiermit noch besonders verwiesen. (4047)

Cöslin, 27. Februar 1891.

Der Königliche Bauinspektor Schwarze.

Loose der Cösliner Rothen Kreuz-Lotterie à M 1. Loose der Stettiner Pferde-Lotterie à M 1. (4211) Loose der Königsberger Pferde-Lotterie à M 1 bei Th. Berling, Gerbergasse Nr. 2.

Englischen Unterricht ertheilt Auguste Jensen, Johanniskirche 57.

Lina Dampfschiffs-Gesellschaft Th. Gribel in Stettin.

Gewinn- und Verlust-Conto.

Ginnahmen.

Frachten, Passagiergelder, Zinsen etc.

Bortrag aus 1889

M 110 485,45

- 6 776,25

M 117 261,70

Ausgaben.

Gänmliche Betriebskosten

Zum Erneuerungsfonds

Bortrag auf neue Rechnung

Dividende

M 90 427,11

- 6 060,00

- 4 349,59

- 16 425,00

M 117 261,70

Bilanz.

Activa.

Dampfer „Lina“ Baupreis

Betriebsfonds in baar

Debitores

Effecten-Conto

M 213 000,00

- 6 000,00

- 20 774,59

- 73 740,00

M 314 514,59

Passiva.

Action-Conto

Reservefonds

Erneuerungsfonds

Bortrag auf neue Rechnung

Dividende

M 219 000,00

- 30 000,00

- 44 740,00

- 16 425,00

M 314 514,59

Stettin, den 31. Dezember 1890.

Der Aussichtsrath.

Louis Boldt, J. J. Berger, J. C. Godemann.

Der persönlich haftende Gesellschafter.

J. Gribel. (4240)

Danziger Hypotheken-Pfandbriefe.

Gegen die Amortisations-Verlösung zur Rückzahlung à 100 %

wirte Mitte März

stattfindet.

übernehmen wir die Ver-

sicherungen. (4179)

Meyer & Gelhorn,

Bank- u. Wechsel-Geschäft,

Langenmarkt 40.

Feines Delicateß-Geflügel,

gerupft und ungerupft,

empfohlen

in allen Gattungen

zu wirklich billigen Preisen

Die Delicatessen-Händlung

J. M. Kutschke

4 Langgasse 4.

Ia. italienische Brünellen,

Ia. französische Birnen

u. Katharinenpfauen

empfohlen

Carl Studt,

Heil. Geistgasse 47, Ecke der

Ruhgasse. (4220)

Frische Kieler

Grotten,

Kieler Bücklinge

empfohlen

Mag Lindenblatt,

Heil. Geistgasse 131. (4214)

Offizielle feinte

Tafelbutter

zu erniedrigten Preisen, ver

1 M. und 1 M.

E. J. Sontowski,

Hausthor 5. (4257)

Ungarische Weintrauben

neue Sendung, 48 60 g, empfohlen

und empfohlen

Gustav Garawka,

Nr. 10, Breitgasse Nr. 10.

Ecke Kohlengasse.

Feinschmeckende

Dampfcafées,

täglich frisch geröstet, ver

500 Gramm 1,40-2,00 empf.

Carl Röhne,

Vorstr. Graben 45, Ecke Melzerg.

Butter.

Feinste Centrifugentafelbutter

tgl. v. 9 Uhr frisch frisch

sowie Molkereibutter von höherer Gähne

und vorzüglich fette Kochbutter

empfohlen billigst. (4174)

M. Wenzel,

Nr. 38 Breitgasse Nr. 38.

Geben erhält ich wieder Landes-

Brennen und Hechte, Bresen-

p. 48 30 g, Hechte 35 g, 48.

Zachmann,

Lobisgasse Nr. 25.

Großer Geldschrank mit Glastür-

verschluß für b. verh.

2289 Hrs. Matzkausgasse 10.

Großer Geldschrank mit Glastür-

verschluß für b. verh.

2289 Hrs. Matzkausgasse 10.

Großer Geldschrank mit Glastür-

verschluß für b. verh.

2289 Hrs. Matzkausgasse 10.

Großer Geldschrank mit Glastür-

verschluß für b. verh.

2289 Hrs. Matzkausgasse 10.

Großer Geldschrank mit Glastür-

verschluß für b. ver